



**Sozialverband Deutschland:
Nah bei den Menschen**

Menschen helfen – Pflegerreform jetzt!

Wir fordern:

- Finanzausstattung endlich nachdrücklich verbessern
- Steuerfinanzierte Lohnersatzleistung für pflegende Angehörige ausbauen
- Eine Versicherung für alle Bürgerinnen und Bürger schaffen
- Bessere und gleiche Bezahlung in der Alten- und Krankenpflege
- Mehr Menschlichkeit in der Pflege und im Krankenhaus
- Kommunale Verantwortung stärken

www.sovd-sh.de • info@sov-d-sh.de

Ich bin für eine Pflegereform:

Name, Vorname	Wohnort	Unterschrift

Wir fordern:

FINANZAUSSTATTUNG NACHDRÜCKLICH VERBESSERN

Die vor einem Vierteljahrhundert eingeführte Pflegeversicherung erweist sich mehr und mehr als reine Teilkaskoversicherung. Sie deckt kaum mehr die tatsächlich anfallenden Kosten ab. Das nicht enden wollende Ausufern des Eigenanteils, der von Menschen in Pflegeeinrichtungen getragen werden muss, ist ein Skandal und mit dem Sozialstaatspostulat unvereinbar. Erforderlich ist ein signifikanter Steuerzuschuss in die Pflege, um mittelfristig eine Vollversicherung zu erreichen. Die politische und gesetzliche Umwandlung des Solidaritätszuschlags in einen „Pflege-Soli“ würde die Pflege insgesamt entscheidend entlasten. Sie würde zugleich die unzweifelhaft notwendige Höhervergütung der Pflegefachkräfte sowie eine ebenfalls dringliche Neuausrichtung der Personalbemessung ermöglichen.

STEUERFINANZIERTER LOHNERSATZLEISTUNG FÜR PFLEGENDE ANGEHÖRIGE SCHAFFEN

Kinder zu erziehen, ist Elternsache - aber zugleich eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Deshalb gibt es für Eltern das Elterngeld. Doch was ist mit den rund 2,5 Millionen pflegenden Angehörigen? Rund drei Viertel aller Menschen mit Unterstützungsbedarf werden in Deutschland zu Hause gepflegt - teilweise oder ausschließlich von Familienangehörigen, die nicht selten mit ihrem persönlichen Einsatz ein Armutsrisiko eingehen. Damit ihnen ihr Engagement finanziell „nicht auf die Füße fällt“, muss eine angemessene steuerfinanzierte Ersatzleistung für diesen Personenkreis eingeführt werden. Die zarten und temporären Ansätze des Pflegezeitgesetzes und des Familienpflegezeitgesetzes reichen bei weitem nicht aus.

EINE VERSICHERUNG FÜR ALLE BÜRGER*INNEN

Wir leisten uns bei der Kranken- und Pflegeversicherung ein Zwei-Klassen-System. Private und soziale Versicherungsträger existieren in Deutschland nebeneinander - mit teilweise extremen Unterschieden, was Qualität und Zugänglichkeit angeht. Diese Schieflage ist vor dem Hintergrund wachsender sozialer Ungerechtigkeiten vor allem für wirtschaftlich benachteiligte Menschen nicht mehr hinnehmbar. Die private Versicherung ist unverzüglich in die solidarische Finanzierung einzubeziehen. Die Lösung heißt: Eine Versicherung für alle - die Bürgerversicherung!

GLEICHE BEZAHLUNG FÜR DIE ALTEN- UND KRANKENPFLEGE

In der Ausbildung ist die Zusammenlegung von Alten- und Krankenpflege bereits angelaufen. Bei der Bezahlung klafft zwischen Alten- und Krankenpflege nach wie vor ein immenser Unterschied. Das ist nicht fair! Wir sind der Meinung, dass alle in der Pflege beschäftigten Kräfte ordentlich entlohnt werden müssen. Dazu sind tarifgebundene Vergütungen und deutliche Gehaltserhöhungen unumgänglich. Die Unterschiede zwischen Alten- und Krankenpflege müssen unbedingt aufgehoben werden.

MEHR MENSCHLICHKEIT IN DER PFLEGE UND IM KRANKENHAUS – KOMMUNALE VERANTWORTUNG STÄRKEN

Im Ärzte-Apell „Rettet die Medizin“ heißt es: „Es ist fahrlässig, Krankenhäuser und damit das Schicksal von Patient*innen den Gesetzen des freien Marktes zu überlassen. Niemand würde fordern, dass die Polizei oder Feuerwehr schwarze Nullen oder Profite erwirtschaften müssen. Warum also Krankenhäuser?“ Und wir ergänzen: Warum Pflegeeinrichtungen, für die das gleiche gilt? Die Auslagerung aus dem öffentlichen Bereich und ihre Privatisierung, die Einführung von Fallpauschalen und die Klassifizierung nach Pflegegraden, die vorwiegend managementbetone und wirtschaftliche Führung der Einrichtungen haben das Menschliche dort verdrängt. In Krankenhausbetrieben und in Pflegeeinrichtungen, die stark auf Rendite ausgerichtet werden, ist Zeit Mangelware. Und so bleiben am Ende nicht nur die Patienten auf der Strecke, sondern auch das stark unterbesetzte Personal, das längst an seiner Leistungsgrenze arbeitet. Ein fundamentales Umdenken und die Umkehr von der Renditeorientierung zum verantwortlichen lokalen Handeln nach den tatsächlichen Bedarfen vor Ort muss stattfinden. Eine starke kommunale Steuerungsverantwortung ist dabei ein wichtiger Schlüssel.